

19./XII. 1915

31

Nassauischer Städtetag.

II.

= Frankfurt, 18. Dezbr.

In einem Vortrag über die Einquartierungs-Lasten der Städte während des Kriegs erläuterte Oberbürgermeister Lübke (Bad Homburg v. d. H.) an der Hand des Kriegsleistungsgesetzes im einzelnen die Fragen der Einquartierungspflicht und der Quartiergeldvergütung. Bei der Auszahlung der Servicegelder wurde empfohlen, auf die Gewährung der um 4 Pf. höheren Sätze der Service-Klasse B für den Tag und Mann zu dringen, wie sie bereits den Städten Frankfurt, Friedberg, Meschede und Bad Orb zugebilligt wurden. In 17 mit Einquartierung bedachten Städten wurden die Offiziere und Mannschaften in Bürgerquartieren untergebracht. Frankfurt und Wiesbaden verpflegten dagegen die Offiziere in Hotels. Die Dauer des Kriegs bringt es mit sich, daß die Gemeinden nicht mehr so leistungsfähig sind als zu Beginn des Feldzugs. Was die Rückvergütung der Ausgaben der Städte betrifft, so forderte der Referent eine gemeinsame Eingabe aller Städte und Landgemeinden an die Reichsregierung um Zurückgewährung aller bereits ausgegebenen und noch zu gewährenden Servicegelder. Ferner soll bei der Regierung eine Revision der Naturalverpflegungssätze angeregt werden, da sie nicht mehr den gegenwärtigen Zeiten entsprechen.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft und die Städte besprach Stadtrat Prof. Dr. Stein (Frankfurt). Die Gesellschaft arbeitete ehemals mit einem Kapital von 50 bis 60 Millionen Mark und sollte ursprünglich die Lebensmittelversorgung der deutschen Gemeinden übernehmen. Viele Gemeinden lehnten den Verkehr jedoch ab. Der Gesamtumsatz der Z.-E.-G. erreicht monatlich 70 Millionen Mark und dehnt sich durch die vermehrte Monopolisierung der Lebensmittel immer weiter aus, sodaß die Gesellschaft heute Zentral-Einkaufsgesellschaft des Reiches ist. Sie verfügt über fast 300 Hauptlager zwischen Hamburg und Konstantinopel mit mehr als 2600 Angestellten; sie übernahm jetzt auch den Einkauf aller Waren in Bulgarien und der Türkei. Der Verdacht, daß die Gesellschaft Preisstreiberieien übe, müsse zurückgewiesen werden; vielsach habe sie mit großen Verlusten gearbeitet; durchweg verkaufe sie zu, oft auch unter Marktpreisen, es komme aber vor, daß sie auch recht beträchtliche Gewinne erziele. Der Vorwurf, daß die Verkaufsgrundsätze der Z. E. G. zu starr und bürokratisch seien, sei zwar nicht unberechtigt, doch müsse man den Tausenden von Käufern gegenüber an gewissen Grundsätzen festhalten, da sonst die ganze Organisation ins Wanken gerate. Der Geschäftsumsatz sei in den letzten Wochen sehr gestiegen, ferner sei an die Gesellschaft eine solche Fülle von neuen Fragen herangetreten, daß es völlig unmöglich war, allen Anforderungen zu entsprechen. Diese Tatsache müsse man bei den Vorwürfen gegen die Z. E. G. berücksichtigen. Durch die Schaffung von Versorgungsgebieten in Deutschland wurde ein erheblicher Schritt zur Besserung der Lage vorwärts getan. Am besten arbeitet die südwestdeutsche Genossenschaft mit dem Sitz in Mannheim, der sich bis jetzt 38 badische, hessische und pfälzische Städte angeschlossen haben. Da man nur gegen bar verkaufe, sei ein großes Betriebskapital nicht erforderlich. Für das Frankfurter Wirtschaftsgebiet sei die Schaffung einer solchen Versorgungszentrale wohl zu empfehlen; es müssen dann aber an ihre Spitze tüchtige gewandte Kaufleute treten, die Gewähr für eine musteraktige Organisation bieten. Bei der Bedarfsanmeldung sollten die Städte sich möglichsie Mäßigung auferlegen, um späteren Verlusten aus dem Wege gehen zu können.

Ueber den Kursstand der Staatspapiere referierte Oberbürgermeister Voigt (Wieblich). Er schätzte den durch den Kursrückgang entstehenden Schaden an deutschen und preussischen Staatsanleihen allem auf 2 Milliarden Mark und schlug vor, schon jetzt an geeigneter Stelle Maßnahmen gegen allzu große Verluste, die dem Mittelstand besonders drohen, zu treffen.

Zu den Fragen der Lebensmittelversorgung äußerte sich Stadtv. Graf (Frankfurt) dahin, daß in dieser großen Zeit man doch von Ausfuhrverboten absehen solle. Wenn z. B. Hessen solche erlasse, so möge man doch bedenken, daß tausende hessischer Einwohner in Preußen Verdienst finden und auch hier Lebensmittel einkaufen. Der Vorstand wurde beauftragt, bei der Regierung Schritte zur Beseitigung der Ausfuhrverbote der kleinen Staaten zu tun.

Bürgermeister Dr. Janke (Höchst a. M.) und Kommerzienrat Weit von Speyer (Frankfurt), verbreiteten sich über die Uebernahme der Patenschaft über den Kreis Stallupönen in Ostpreußen. Am dringlichsten wird der Bau eines Krankenhauses im Kreise Stallupönen gewünscht. Erforderlich sind etwa 300 000 Mark, die der Regierungsbezirk mit Ausnahme der Städte Frankfurt und Wiesbaden, aufbringen müßte. Zerstört wurden in Ostpreußen 33 553 Gebäude völlig, ferner der Hausrat von rund 100 000 Haushaltungen. Zur Linderung dieser Noth bildeten sich bis jetzt in Deutschland 30 Kriegshilfsvereine. Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt) empfiehlt die Bildung eines Nassauischen Hilfsvereins für den Kreis Stallupönen.

Ueber die Unabkömmlichkeit von Beamten sprach Bürgermeister Wasserloos (Nastätten). Im Interesse der kleineren Städte forderte der Redner in erster Linie die Befreiung des Stadtrechners und des ersten Polizei- bezw. Exekutivbeamten. Dem Redner wurde entgegnet,

daß jetzt dem Vaterlande die Männer gehören, jetzt müsse jede Rücksichtnahme auf die Gemeindeverwaltungen beiseite gestellt werden.

Stadtrat Dr. Ziehen (Frankfurt) sprach sodann über grundsätzliche Fragen der Durchführung des Unterrichtsbetriebs und der Jugendberziehung während des Kriegs. Ausgrund seiner Erfahrungen kann er keine Aussetzung des Unterrichts befürworten, die Heraussetzung der Schülerfrequenz darf nur während des Kriegs erfolgen. Die Einstellung weiblicher Kräfte in den Schuldienst erfolge nach dem Kriege stärker denn je. Mit besonderem Nachdruck solle man dafür sorgen, daß begabte, jetzt durch den Krieg veranrante Kinder nicht von den höheren Schulen zu entfernen sind, sondern unter allen Umständen dort zu verbleiben haben. Die Frage der Einheitschule müsse nach dem Krieg mit Hilfe des Kultusministeriums gelöst werden. Der Lehrerschaft gebühre für ihre freiwillige Hilfeleistung in der Jugendberziehung während des Kriegs besonderer Dank.

Stadtrat Dr. Ziehen referierte sodann über Maßregeln der Stadtgemeinde zur Festhaltung des Gesamtbildes der Stadtgeschichte während des Kriegs. Er empfahl dazu: Einrichtung von Sammlungen jeglicher Art, wenn möglich obligatorisch, vor allem das Sammeln von Zeitungen, gute Ordnung der Stadtkarten, Registrierung der Kriegssatten und das Sammeln aller erschienenen Formulare, die Bezug auf den Krieg haben.

Ueber den Beitritt zum Nassauischen Verkehrsverband äußerte sich zum Schluß Bürgermeister Jacobs (Königsstein). Der Redner empfahl vor allem, die Nassauischen Heil- und Kurstätten den Verwundeten zur Genesung zugänglich zu machen. Hierauf hinzuweisen müsse die nächste Aufgabe des jungen Verbands sein.

Alsdann nahm Regierungspräsident Dr. v. Meißner Gelegenheit, auf den Wert der Städtetage hinzuweisen, die, wenn sie jetzt noch nicht beständen, für die Kriegszeit gegründet werden müßten. Die heutige Tagung hätte ihm als Vertreter der Regierung eine Fülle von Anregungen gebracht. Mit dem Wunsche, daß die nächste Tagung des Städtetags im Zeichen des Friedens stattfinden würde, wurden die Verhandlungen von Oberbürgermeister Voigt geschlossen.